

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM, frei ins Post, einschließlich der Postgebühren. Die Frau und ihre Welt, Der kleine Mann, Praktisches Wissen für Alle, Unterhaltungsbeilage. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung. Anzeigen werden die sechsgehaltene 3mm hohe (Netto-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entfällt der Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbrieflichkeitsproben, Datenvorschriften und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerbühren für Offerten und Auktionsbeträge 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg. Nr. 132 Donnerstag, den 3. November 1932 25. Jahrgang.

Wie die Völker wählen

Grundzüge und Besonderheiten des Wahlrechts der Kulturvölker.

Für die Verfassung eines Landes ist seine geschichtliche Entwicklung und kulturelle Höhe von ausschlaggebender Bedeutung. Das gilt ganz besonders für das Wahlrecht, einen der wichtigsten Bestandteile jeder Verfassung, das in seinen verschiedenen Bestimmungen die Eigenarten der Völker, ihrer Kultur und politischen Grundrichtung gut veranschaulicht. So sehen sich heute — abgesehen von Rußland und Japan — die Verfassungen und damit auch das Wahlrecht in den wichtigsten Kulturstaaten — die jetzt fast ausschließlich Republik oder parlamentarische Monarchien sind — sehr, sehr, sehr verschieden. Dennoch besteht noch mancher bemerkenswerte Unterschied.

Die Frage: „Wer ist wählbar und wer darf wählen?“ wird bei der Betrachtung des Wahlrechts zur zweiten Kammer, der Abgeordneten, Unter-, Volks- oder Repräsentantenkammer genannt, und dieses kommt bei einem Vergleich mit dem deutschen Reichstag nur in Betracht, die wichtigsten Unterschiede von dem Mindestwahlalter, unter dem niemand wählen darf und das bei den einzelnen Nationen zwischen 18 und 25 Jahren schwankt, und dem Mindestwahlalter, das meistens höher liegt, zwischen 21 und 30 Jahren, zwischen allen Staaten Personen, die sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, Verurteilte und viele auch Angehörige von armen, untergeordneten Ständen und Angehörigen vom aktiven Wahlrecht aus.

Daneben zeigen sich aber im Wahlrecht noch manche Besonderheiten. So werden vielfach die Angehörigen der Mönchsorden und die Geistlichen zur Wahl nicht zugelassen oder sind nicht wählbar, wie in England, Rußland, in der Schweiz und weiter auch Brasilien, Chile, China und Japan. Früher (bis 1829) durften in England die Katholiken weder wählen noch ein öffentliches Amt bekleiden. Das Beamte und Regierungsbewilligungsfähigkeit, ein aktives oder passives Wahlrecht haben, findet man ebenfalls sehr oft, so z. B. in Italien, China, Japan und England, darüber hinaus schließen China und England auch die Richter aus, Japan auch die Beamten des kaiserlichen Haushalts und die Wahlbeamten. In China müssen obenstehende Beamten der Wahlurne fernbleiben, ebenso in Rußland die Angehörigen der früheren Polizei und speziell der Geheimpolizei, der ehemaligen Okhrana. Was aber in Japan und China die Volksschullehrer verdrängen haben, daß man ihnen noch ganz besonders das Recht aberkennt, Abgeordnete zu werden, ist unverständlich. Dagegen ist verblüffend, daß China, das klassische Land des Opiums, seine notorischen Opiumraucher nicht wählen läßt. In Japan wiederum können außer den bereits aufgeführten Berufsständen auch die Studenten und Angehörige des Haus- und Familienadels nicht Abgeordnete werden. Der „Bourgeois“ ist der heutigen Weltlands größter Feind, da er „tann“ er auch weder wählen noch gewählt werden. Um der Korruption vorzubeugen hat England in seinem Wahlgesetz noch die Bestimmung, daß Staatslieferanten nicht gewählt werden dürfen. Ist Wert aber diese Klausel nicht haben, denn sie ist jederzeit durch Strohmannen zu umgehen.

England, das immer gern an alten Gebräuchen festhält, hat auch noch ein gewisses Pluralwahlrecht. Wer einen Grundbesitz oder Wohnort in einem und einem anderen Wahlbezirk hat, kann in beiden wählen. Auch die akademisch Gebildeten haben noch eine Art Doppelstimmrecht, sie können außer ihrem Wahlbezirk noch einem der 15 Abgeordneten der Universitäten ihre Stimme geben.

Das Frauenstimmrecht war in dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts und ist teilweise noch bis in unsere Tage eine der umstrittensten Wahlbestimmungen. Allerdings ist der Kampf heute schon fast völlig zugunsten der Frauen entschieden, nicht weniger als 33 Staaten besitzen es bereits. Jedoch ist es in manchen Ländern nur beschränkt, so daß die Frauen beispielsweise nur an den Kommunalwahlen teilnehmen können. Belgien gibt, wie es früher auch in Ungarn teilweise der Fall war, nur jenen Frauen Stimmrecht zu den Parlamentswahlen, die im Kriege ihr Leben geopfert haben. Die Witwen — sofern sie sich nicht wieder verheiratet haben — und die Mütter der von dem 1. Februar 1919 Gefallenen und der während der Kriege Getöteten dürfen wählen; ebenso die Frauen, die während der Befreiung von den deutschen Militärbehörden in Gefangenschaft verurteilt waren. Ein Kuriosum auf dem Gebiet des Frauenwahlrechts bestand bis 1924 in England. Damals bestand noch kein allgemeines Wahlrecht für die Frauen, aber sie konnten, wenn sie das 21. Lebensjahr zurückgelegt und Grundbesitz hatten, gewählt werden.

Derartige Merkwürdigkeiten sind in der Geschichte des Wahlrechts vielfach vorhanden. In den Vereinigten Staaten von Amerika mußte früher, als noch verschiedene Staaten den Steuerzinsen hatten, das Wahlrecht direkt ein Verlangen gewesen sein. Da die, die ihre Steuer nicht bezahlt hatten, wählen konnten, andererseits aber die Parteien die Stimmen nicht verlieren wollten, zahlten sie vielfach den Umgehenden die Steuern aus der Parteikasse. Wollten das noch andere Parteien machen, wie gern würden wir

Neues Haushaltsrecht

der preußischen Gemeinden — Das Ziel der Neuordnung: Stärkung der Exekutive und sparsame Etatsführung

— Berlin, 3. November.

Die kommissarische preussische Regierung hat auf Grund der ihr durch die am 24. August 1931 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte der Länder und Gemeinden gegebenen Ermächtigung das Haushaltsrecht der Gemeinden neu geordnet. Es handelt sich um zwei Verordnungen, von denen die erste (Gemeindehaushaltsverordnung) die Haushaltsführung der Gemeinden und der Gemeindeverbände betrifft und die zweite die Aufstellung von Stellenplänen behandelt. Die Selbstverwaltungsinstitutionen haben bei der Neuordnung mitgearbeitet.

Die Gemeindehaushaltsverordnung gliedert sich in 29 Paragraphen und verfolgt in erster Linie das Ziel, eine geordnete und sparsame Haushaltsführung in den Gemeinden sicherzustellen und für die Zukunft Mißstände, wie sie in den verflochtenen Jahren in der Finanzgebarung der Gemeinden sich gezeigt haben, auszuschließen. Die zweite Zweck dient die Stärkung der Stellung des Gemeindevorstandes im Verhältnis zur Vertretungsversammlung, die klare Gestaltung der Verantwortlichkeit bei der Ausführung des Haushaltsplanes, die Einführung einer gewissen Publizität auf dem Gebiete des Haushalts- und Rechnungswesens sowie die Neuordnung der Rechnungsprüfung in den Gemeinden.

Widerspruchsrecht des Gemeindevorstands

In dem ersten Punkt gibt die Verordnung über den Gemeindevorstand sowohl bei der Beschlußfassung über den Haushaltsplan als auch nach dessen Verabschiedung gegenüber solchen Beschlüssen der Vertretungsversammlung, die die Leistung neuer Ausgaben, Mehrausgaben oder die Verminderung von Einnahmen zur Folge haben würden, ein Widerspruchsrecht, soweit durch derartige Beschlüsse der Vertretungsversammlung der Haushaltsausgleich gefährdet wird. Des weiteren schließt sie die Erörterung von Anträgen der obengenannten Art in der Vertretungsversammlung und in dem kollegialen Gemeindevorstand aus, wenn ihnen nicht gleichzeitig ein geeigneter und rechtlich zulässiger Deckungsvorschlag beigelegt ist.

In dem zweiten Punkt, stellt die Verordnung ausdrücklich die Verantwortung der Gemeindevorstände fest, die bei der Ausführung des Haushaltsplanes Zahlungen leisten oder Maßnahmen treffen, die zum Ausgleich des Haushaltsüberschusses führen oder solche darstellen. Auch wird es ausdrücklich verboten, außerordentliche Ausgaben vor Beschlußfassung der zur Deckung bedingten Einnahmen zu leisten.

Im Interesse einer weitgehenden Anteilnahme der Bevölkerung an den Fragen des gemeindlichen Haushalts- und Rechnungswesens ist für alle Gemeinden und Gemeindeverbände die

Auslegung des Haushaltsplanentwurfs, des Haushaltsplanes und der Rechnung angeordnet und vorgeschrieben, daß Abschriften den wahlberechtigten Angehörigen der Gemeinde gegen Erstattung der Kosten zu überlassen sind.

Einem derartigen Bürgerlichen ihre ihnen zustehenden Parolamenten an eingelegte Politiker verkaufen. Eigenartig ist es, wie man in Holland früher durch die Wahlbestimmungen bis zu einem gewissen Grade den Sparbetrieb beeinflussen wollte. Man kannte damals sogenannte Sparwähler, das waren solche Wähler, die den üblichen Steuer- und Grundgenus nicht erfüllen, aber trotzdem zur Wahl zugelassen wurden, wenn sie nämlich einen Mindestbetrag von 50 Gulden in einer anerkannten Sparkasse oder von 100 Gulden im „Hauptbuch der niederländischen Staatsrenten“ hatten. Daneben kannte man auch noch Lohnwähler, die ein bestimmtes Einkommen beziehen mußten — und während eines Jahres in nicht mehr als zwei Stellen tätig waren. Eine seltene Bestimmung findet sich heute noch im dänischen Wahlrecht. Von den 149 Abgeordneten des Folketing werden nur 117 vom Volke direkt gewählt, während der Rest nach einem bestimmten Schlüssel unter die Parteien verteilt wird, die nicht genügend Stimmen für ein Mandat aufgebracht haben. Also während man in Deutschland bestrebt ist, die Splitterparteien möglichst auszuschalten, züchtet man sie fast in Danemark.

So zeigen sich im Wahlrecht der einzelnen Völker mancherlei Verschiedenheiten, die uns mitunter recht merkwürdig berühren. Bei einem Vergleich dieser Wahlgesetze mit den deutschen muß man feststellen, daß unser gegenwärtiges Wahlgesetz eines der freizügigsten ist. Die Ausschüsse vom aktiven und passiven Wahlrecht sind auf ein kaum mehr zu unterbühnendes Mindestmaß beschränkt. Das hat zur Folge, daß viele Staaten bei Reformversuchen sich an die Verfassung von Weimar anlehnen und sie auch teilweise übernehmen, wie z. B. der irische Freistaat und die spanische Republik.

Eine völlige Neugestaltung erfährt das gemeindliche Rechnungswesen, wiewohl dadurch, daß die Rechnungsprüfung in größeren Gemeinden durch eine besondere gemeindliche Verwaltungsstelle (Rechnungsprüfungsamt), deren Unabhängigkeit durch besondere Vorschriften sichergestellt werden soll und in kleineren Gemeinden durch eine unabhängige überörtliche Prüfungsstelle bzw. den Landrat zu erfolgen hat. Auch ist eine Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Organisation der Gemeindeverwaltungen durch besondere außerstehende Prüfungsstellen vorgesehen.

Weiter bezweckt die Verordnung durch die Einführung und Ausgestaltung des sogenannten Erschließungsrechtes das Eingreifen der Aufsichtsbehörden in Angelegenheiten der Gemeinden, wie es in den letzten Jahren leider immer häufiger notwendig geworden ist, nach Möglichkeit zu beschränken.

Deshalb ist sowohl für die Festlegung des Haushaltsplanes wie für sonstige Beschlüsse, die eine geordnete und sparsame Haushaltsführung erfordert, die Beschlußfassung im Falle eines Verlangens der Vertretungsversammlung zunächst dem Gemeindevorstand und gegebenenfalls seinem Vorstehenden übertragen. Erst wenn auch diese Stellen vergeblich sind, soll ein Eingreifen der Aufsichtsbehörden erfolgen.

Sondervorschriften für die rheinisch-westfälischen Gemeinden.

Artikel VII bringt die Sondervorschriften für die rheinisch- und westfälischen Kreise. Der Artikel besagt wörtlich: „Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Jahresrechnung sowie bei der Verapaltung und Beaufsichtigung des Rechnungswesens und Kassensystems der Landgemeinden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen wirkt der Bürgermeister des Amtes in dem Umfang mit, wie es gemäß §§ 46, 48 und 49 der Landgemeindevorordnung für die Provinz Westfalen vorgehen wird.“

Die Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen will eine weitere Zurückführung des gemeindlichen Personalbestandes sicherstellen. Die Durchführung dieser Maßnahme wird von der Aufsichtsbehörde überwacht, die bei nicht hinreichender Verringerung der Stellenzahl in den Stellenplänen weitere Stellen in der Gemeindeverwaltung als künftig wegfallend bezeichnen kann.

In Erläuterung der Bestimmungen wird noch mitgeteilt: Natürlich ist sich die kommissarische preussische Staatsregierung bewußt, daß die Vorschriften der von ihr verabschiedeten Verordnungen nur eines der Mittel sein können, die zu einer Sanierung der Gemeindehaushalts beitragen. Welche Maßnahmen im übrigen nach dieser Richtung erforderlich sind, ist in einer Denkschrift des kommissarischen Ministers des Innern dargelegt. Die in der Denkschrift dargelegte Notlage der Gemeinden ist eine Tatsache, die beide Regierungen bei Übernahme ihrer Funktionen vorfinden, und es muß jedem Einsichtigen klar sein, daß es in den wenigen Wochen seit ihrem Amtsantritt nicht möglich sein konnte, die seit Jahren völlig zerrütteten Gemeindehaushalts zu sanieren. Die Denkschrift ist also nichts anderes als ein Beweis der Initiative und Fürsorge, mit der die beteiligten Stellen auch den bedrängten Gemeinden helfen.

Reichsregierung und Bayern

— Berlin, 3. November.

Zu der Stuttgarter Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Heide, die scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt, ist von bayerischer Seite eine Erklärung veröffentlicht worden, in der es heißt, der Widerspruch habe seine Ursache in der tatsächlichen Gegnerschaft gegen die Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen, die in scharfem Gegensatz zu den Verfassungen stünden, die Bayern bei dem letzten Besuch des Kanzlers und des Reichsinnenministers erhalten habe. Von zuständiger Stelle der Reichsregierung wird diese Behauptung als falsch bezeichnet. Die Maßnahmen der Reichsregierung bewegen sich ausschließlich im Rahmen des Leipziger Urteils.

Ein Nachrichtenbüro teilt dazu weiter mit, die Reichsregierung werde den politischen Verkehr mit Bayern stark einschränken.

Gefängnis im Prozeß Weber

— Berlin, 3. November.

Das Schnellschöffengericht Berlin erteilte in dem seit dem 19. Oktober verhandelten großen Deutsches-Lieberprozeß Weber den Kaufmann Weber zu einem Jahr Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe, den Händler Trompeter zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und den Bankier Freier zu sechs Monaten Gefängnis und 45 000 Mark Geldstrafe. Von den übrigen acht Angeklagten wurden zwei freigesprochen, die übrigen erhielten Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten und Geldstrafen von 300 bis 1000 Mark.

Spangenberg, den 8. November 1932.

Regentage!

November ist der eigentliche Regenmonat.

Man mühte sich daran gewöhnt sein, daß der Himmel
mit dem Regen unaufhörlich herniederregnete
mit einigen Schleiern alles verhüllend, daß der Tag
blind wird. Schwer lasten solche Regentage auf
und blüht. Der gemüthliche und besagelte
schaut verdrießlich drein, wenn der Himmel voll
hängt, durch die feine Sonnenstrahl hindurch-
lassen kann, ist die Niederkunft, hat keinen Unter-
tann. Und wenn es anständig wäre, möchte man
angehen. Die Regentage verdrängen Menschen, die von
ihnen körperlichen Leiden, besonders von Rheuma-
tismus sind, sind ohnedies Feinde der Kälte, weil sie
Schmerzen bringt. Während man sonst bei schönem
von seinem Nachbar oder seinem Gefährten
hundertmalen Wort hören kann, ein paar Minuten mit-
einander verweilt, sind die meisten Menschen bei Regen-
zeit kurz und kurz angebunden.

geht übrigen nicht nur dem Stäbler so, daß er diefe mit allen ihren Begleiterscheinungen verwünscht. Auch die Hande liebt man fie nicht. Gewiß ist jetzt die Zeit gekommen für den Bauern, in der er sich nach der harten Arbeit ausruhen und neue Kräfte schöpfen will, aber die empfindende Hand des endlosen Regentags läßt keine Freude darüber aufkommen. Im entzweiten Kaufstüde jedes aufspringende frohe Lachen, jedes lustige Wort ein erfrischter Schrei. Da freut man sich schon auf den Winter und sein munteres Schneetreiben oder seine Wägen. Lange wird es ja auch nicht mehr dauern, da die Winter anfängt, sich mit Schnee zu milchen, eine Weile ruhen ihn antäpmt und ihm schließlich das Feld

Wahltagswahl. Wir machen auch an dieser auf die im Anzeigenteil erschienene Bekanntmachung sam. Für die Wahlberechtigten ist von besonderer art, daß die Wahlzeit diesmal von 9 Uhr vorm. hr nachmittags dauert. Zur glatten Abwicklung handlung kann jedoch jedem empfohlen werden. mittagsstunden zu benutzen, da in den Nachmittags- der Anbrang größer sein wird.

Öffentliche Wahlversammlung. Von der Gruppe Spangenberg der NSDAP. wird uns gemeldet: Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, veranstaltete Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP. am Freitag, 4. November abends 8 Uhr im Heinzlin-Saal die letzte öffentliche Wahlversammlung, in der Blume, Redungen über das angekündigte Thema hielt. Rektor Blume, der hütend als erster Redner über die Grenzen unseres Kreises hinaus sprach, wird in klaren Ausführungen über die Ziele NSDAP. sprechen. Als Beamter wird der Redner über die Stellung des Beamten im nationalsozialistischen Staat zu sprechen kommen und es wird deshalb für die Teilnehmer aus Spangenberg und Umgegend von großer Wichtigkeit sein, die Ausführungen eines mit dem Beamtenlaufwerk vertrauten Mannes kennen zu lernen.

Zur Bekämpfung der Ackerschnecke. Die Winterung der letzten Zeit hatte vielerorts ein Ausbreiten der Ackerschnecken zur Folge. Die verurtheilten ganz erheblichen Frostschäden treten einseitig hervor, denn die Schnecken bevorzugen feuchtere und festere Lehms- und Tonböden, trodene Sandböden gemieden werden. Bei Wetter weichen sich die Tiere tagsüber unter und in den Boden, und erst in den Abendstunden kommen sie zur Nahrungssuche hervor; trischem Wetter kann man sie auch schon am beobachten. Da nun die Vermehrungsfähigkeit dieser außerordentlich stark und die Lebensdauer verhältnißmäßig lang ist, leuchtet es ohne weiteres ein, daß häufigem Auftreten in kürzester Zeit ganze Felder zerstört werden können. Im Interesse der Ernte ist daher in der heuligen Zeit ein gang über gefährdete Felder unermessbar, am falls noch mit direkten Bekämpfungsmaßnahmen zu Leide rücken zu können. Nur so wird es ein, die Winterfrüchte und besonders die Roggenwiese zu erhalten. Ein besonders wirksames Mittel im Kampfe gegen die Schnecken der Heberich-Rainait bar, eine überaus seine des bekanneten Rainaits. Voraussetzung für einen Erfolg ist jedoch, daß das Austreten derselben über in den frühen Morgenstunden erfolgt. Tiere beim Frost sind und trodenes Wetter zu ist. Empfehlenswerth ist stets ein zweimaliges im Abstand von 5 bis 10 Minuten kreuz und das Feld, da man die Gewähr hat, daß auch getroffen werden und zugrundegehen. Werden die Gang etwa 1½ Ztr., daß sind also 3 irdig-Rainait je Morgen (½ ha). Um einem Verenden der Feldern und Feldrainen vorbeugen, an man das eigene Feld einige Meter breiten mit Heberich-Rainait, eine Schutzmaßnahme, die zu jeder Zeit anzuwenden ist.

Aus Stadt und Land

mal für Opfer des Grubenunglücks in Alsdorf. Im neuen Nordfriedhof wurde mit einer schlichten Grabanlage vom Landkreis Aachen errichtete Denkmal für Opfer des Grubenunglücks am 21. Oktober 1930 aufgestellt. Das Denkmal, das die vier Toten hier bestatteten 144 Toten abschließt, zeigt einen massiven Sockel vier steinerne Kreuze und darüber drei Beralente darstellen.

all eines Schülerzuges. Auf der Station Nord-
bei Mauthausen sah der Schüler-

zug Elfsleben—Neuhausenleben, der mit Kindern, die in Neuhausenleben die Schule besuchen, dicht besetzt war, in voller Fahrt auf einen dort für die Nacht abgestellten Leerzug auf. Dabei bohrte sich die Lokomotive des Schülerzuges in die beiden letzten Wagen des Werkzeuges ein, die vollständig zertrümmert wurden. Glücklicherweise erlitten eine Anzahl Kinder lediglich geringfügige Hautabrischungen.

* Sprengkörperexplosion im Bürgermeistergarten. Im Garten an der Wohnung des Ersten Bürgermeisters in Bad Reichenhall wurde ein Sprengkörper zur Explosion gebracht. Ob es sich um einen verbrecherischen Anschlag oder um einen Unfug handelte, ist noch nicht geklärt.

Koßaksmuggler-Gesellschaft ausgehoben. In Zusammenarbeit mit der Lodzer Polizeibehörde hat die Krakauer Kriminalpolizei eine weitverzweigte Koßaksmuggler-Gesellschaft ausgehoben und zahlreiche Verhaftungen in Bydgoszcz und anderen Ortschaften Ostoberschlesiens vorgenommen. Die Zentralsitze des Koßakhandels sind Krakau, Lodz und Katowice. Unter den Abnehmern befinden sich auch hochgestellte Persönlichkeiten der polnischen Gesellschaft.

* Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und D-Zug. An einer Bahnüberfahrt in der Nähe von Dijon, an der es bereits häufig schwere Unfälle gegeben hat, stieß der D-Zug Nancy-Revers mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet. Sechs Personen wurden schwer verletzt, von denen bereits zwei gestorben sind.

• **Russisches Riesenflugzeug für 40 Personen.** Moskauer Blätter bringen Angaben über den gegenwärtigen Stand der sowjetrussischen Verkehrsfliegerei. Danach nimmt diese zur Zeit die zweite Stelle in der Welt ein. 1923 wurden die ersten Luftlinien in einer Länge von 1666 Kilometern gegründet. Zur Zeit beträgt die Gesamtlänge des Sowjetflugnetzes 47 000 Kilometer. Sowjetrussland hat Flugzeuge nur eigener Konstruktion, darunter befindet sich auch eine Riesenmaschine, die für 40 Personen bestimmt ist.

* **Herbststurm über Neupost. — 80 Wochenendhäuser zerstört.** Neupost und Umgebung wurden von einem ungewöhnlich heftigen Unwetter heimgesucht. Sturm und Regen richteten überall große Verheerungen an. Besonders schwer betroffen wurden die Wochenendkolonien auf Long Island, wo rund 80 Häuser an der Sturmflut zerstört wurden. 20 Wochenendhäuser wurden von der hochgehenden See fortgeführt. Defizitäre Häuser Feuer ausbrach. Nach mehreren der stiegenden Meldungen sind 15 Personen verunglückt worden. Auch in Neupost selbst wurde erheblicher Schaden angerichtet. Vom Woolworth-Mollenhauer stürzte eine große Fensterkante in die Tiefe. Ein junges Mädchen und ein Polizist wurden durch die Splitter schwer verletzt.

* **Wieder Erdstöße auf Chaltidse.** Die Halbinsel Chaltidse, auf der in letzter Zeit durch Erdbeben schwere Schäden angerichtet worden waren, ist wiederum von schweren Erdbebenstößen heimgesucht worden. Zahlreiche Gebäude stürzten ein. Die Bewohner flüchteten angsterfüllt ins Freie. Das Erdbeben dehnte sich bis nach Saloni hin, wo die Bevölkerung in größte Aufregung verfiel wurde.

Aus dem Gerichtssaal

+ Der Allensteiner Handgranatenanschlag vor dem Sondergericht. Am Mittwoch begann unter großem Andrang der Bevölkerung der Prozeß gegen 16 Nationalsozialisten, die angeklagt worden sind, Handgranaten in das Kaufhaus Abraham in Allenstein geworfen zu haben. Die Anklage lautet auf versuchten Mord, Anstiftung zum versuchten Mord, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und zur Begünstigung zur Begehung eines Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Am Ermittlungsverfahren haben die Angeklagten Teilgeständnisse abgelegt. Sie wollten einem höheren Befehl Folge geleistet haben. Bei der Vernehmung vor Gericht verweigerte der größte Teil der Angeklagten die Aussage.

+ Bankrott wegen Untreue und Konkursverbrechens zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht Halle verurteilte den Inhaber des zusammengebrochenen Bankhauses E. Schönfeldt, Bankier Schwarz, wegen Untreue und Konkursverbrechens zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis. Das Bankhaus Schönfeldt in Halle war am 14. August 1931 in Konkurs geraten. Der Leiter, Bankier Schwarz, wurde bald darauf verhaftet, da festgestellt worden war, daß er seit 1928 Bilanzen gefälscht, Wertpapiere, die ihm leihende Kunden ins Depot gegeben hatten, unterschlagen und an eine andere Bank verpfändet hatte.

• Drei Jahre Zuchthaus für einen früheren Matrosengefreiten. Der fünfte Strafenast des Reichsgerichts verurteilte den früheren Matrosengefreiten vom Torpedoboot „Greif“, Kurt Spital wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit verlichem Verbrechen nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu drei Jahren Zuchthaus, Entfernung aus der Marine und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren. In den Jahren 1930/31 ist ein kommunistisches Funktionär an den Angeklagten herangetreten, in der Absicht, aus dem Angefallenen einen wichtigen Helfer zu militärischem Verrat für Russland zu machen. Der Angeklagte gab zu, daß der Mann „Fritsch“ genannt wurde und Reichstagsabgeordneter der SPD gewesen sei. Spital hat neben anderen Mitteilungen an diesen „Fritsch“ zwei Briefe geschrieben. Einer der Briefe enthielt als Anlage ein geheim zu haltendes Schriftstück über Artilleriegeschossen.

Zehn Verhaftungen in Wandsbek.
Vom Polizeipräsidenten Altona-Wandsbek wird mitgeteilt: Von der Polizei wurden zehn in Wandsbek wohnende Personen, die zum Teil Anhänger kommunistischer Organisationen sind, dem Richter vorgeführt, da nach den Ermittlungen angenommen werden muß, daß sie an dem Zusammenstoß am Sonntagnachmittag in Wandsbek beteiligt waren.

Bluttag im Gefängnis

Ein Tobjüchtiger erschlägt zwei Mitgefangene und verlehrt einen dritten schwer.

— Freiburg i. Br., 3. November.

Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Montagabend im hiesigen Landeseingängnis in einer Gemeinschaftszelle eine furchtbare Bluttat. In einem Anfall von Zorn erschlug ein Gefangener mit einem harten Gegenstand zwei seiner Mitgefangenen und brachte dem dritten schwere Kopfverletzungen bei.

Im ähnlichen Bericht über die Mordthat im Freiburger Landesgefängnis heißt es u. a., daß der Täter der 55jährige Schlosser Karl Müller aus Eiselberg in Bayern ist, der seit Frühjahr 1930 wegen mehrfachen Diebstahls im Rückfall eine dreijährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hat. Am 19. W. lagen alle Gefangenen des Saales ruhig in ihren Betten. Gegen 21 Uhr hörte ein Krankenaufseher aus dem Saale Hilferufe und Schreien. Müller hatte in eines plötzlich aufgetretenen Geistesverwirrung von einer Bettstelle ein Eisenstück losgerissen, einen Gefangenen im Schlaf erschlagen und einen zweiten so schwer verletzt, daß er nach einelnhalb Stunden starb. Bei den Geisteskranken handelt es sich um einen 54jährigen verwitweten Wabel aus Singen am Hohentwiel und den 22jährigen ledigen Engelbert Kluser aus Dornried. Beide waren wegen Körperverletzung mit Todesgefahr verurteilt. Der dritte wegen Totschlags verurteilte Gaumnasse, der 40jährige verheiratete August Lüttin aus Eiselsteden (Kaiserstuhl) erlitt Verletzungen am Kopfe, am Arm und an einer Hand.

Zwischenfall in Madrid

— Madrid, 3. November.

Unfälle des Befuches des französischen Winterparks
hervor. Herr J. Reignte sich hier ein Zwischenfall. Der Direkt-
or der größten spanischen Zeitung „ABC“ hatte die fran-
zösischen Journalisten, die Herriot auf seiner Reise begleiten
zu einem Gabelfrühstück eingeladen, zu dem auch führende
Männer des spanischen Geisteslebens, der Kunst und des
Theaters ohne Unterschied der politischen Einstellung erschienen
waren. Die französischen Journalisten hatten die Einlad-
ung auch angenommen, ließen aber den Gastgeber eine
Stunde warten und teilten denn telephonisch mit, daß sie
auf die Einladung verzichten müßten. Diese unmögliche Hal-
tung der eingeladenen Franzosen wird in Zusammenhang
gebracht mit der politischen Rechteeinstellung der Zeitung
„ABC“. Süßliche Versicherungen, die nicht hinter der spanischen
Regierung stehen, und daher auch nicht zu dem Presse-
empfang der französischen Botschaft erschienen. In ihrem Be-
zug die „radikale“ geistige Verbantheit zwischen
Herriot und dem neuen spanischen Regime herorzutreiben,
hat sich damit die journalistische Begleitung Herriot's eine
Tatlosigkeit geleistet, die in weiten Kreisen als eine Provo-
kation aufgefacht wird.

Abrüstungsbüro tagt

Unter dem Vorſitz Henderſons. — Neue Flottenverhandlungen in Sicht.

— Benf, 3. November.

Das Büro der Abrüstungskonferenz tritt unter dem Vorsitz Hendersons am heutigen Donnerstag erstmals wieder zu einer Sitzung zusammen. Eröffnet wird die Sitzung mit einem Bericht Hendersons über seine letzten diplomatischen Verhandlungen mit den englischen und französischen Regierungen. Das Büro wird dann die Berichte der einzelnen Ausschüsse über die Waffenherstellung, die Kontrolle der Rüstungen, die Luftmassen und die „Effektiven“ entgegennehmen. In der Freitagssitzung wird Paul-Boncour den Abrüstungsplan Herriots darlegen.

In französischen Kreisen erwartet man, daß bereits in den nächsten Tagen die Bepflegungen über die Flottenfrage zwischen den Vertretern Englands, Japans, Frankreichs, Italiens und den Vereinigten Staaten aufgenommen werden.

Politische Rundschau

— Berlin, den 3. November 1932.

— Ministerialrat **Laudah**n vom Reichswehrministerium (Marineleitung) ist unerwartet nach kurzem Leiden gestorben.

— Die Polizeiverordnung zur Ergänzung der Bade-
polizeiverordnung vom 18. August 1932 (die sogenannte
Zwifel-Verordnung) ist nunmehr beim Preussischen Landtag
eingegangen. Die Verordnung ist bekanntlich mit dem 1. No-
vember in Kraft getreten.

„: Weiterbefähigung ausgeleierter Lehrlinge ist Mehr-
einständigen. Auf eine Eingabe des Reichsarbeitsrats des lch-
ständigen Mittelstandes hat der Reichsarbeitsminister den
Reichstag folgende Entscheidung mitgeteilt: „Wenn ein Leh-
rling nach Ablauf seiner Lehrzeit nicht aus einem Unter-
nehmen ausscheidet sondern als Geselle oder Handlungsgehil-
fe oder sonst gegen Entgelt im Betriebe weiterbefähigt wird,
so ist die Weiterbefähigung regelmäßig als Mehrbefähig-
ung eines Arbeitnehmers im Sinne der Verordnung der
Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. 9. 33
anzusehen.“

Rundschau im Auslande

* Am Freitag beginnt vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag das mündliche Verfahren in der Angelegenheit der Verwaltung des Fürsten Pleh.

* Der frühere ungarische Ministerpräsident Graf Julius Karolhi hat auf sein Mandat verzichtet und erklärt, sich vom politischen Leben zurückziehen zu wollen.

Zähne sind Werkzeuge. Es ist eine Selbstverständlichkeit für uns, daß wir unsere Werkzeuge fleißig behandeln. Gutes Handwerkzeug ist halbe Arbeit. Nur bei unseren Zähnen machen wir eine Ausnahme. Ihre Pflege scheint uns weniger wichtig. Die Folgen dieser Vernachlässigung sind meistens sehr unangenehme Zahnschmerzen, Verdauungsstörungen, Unlust bei der Arbeit, vermehrte Verlusten, weniger Einnahmen. Das alles ist leicht zu verhindern, wenn man seine Zähne regelmäßig untersuchen läßt, auch dann wenn sie nicht schmerzen, und wenn man sie täglich mit der **eigenen** Zahnbürste und einer guten Zahnpaste putzt. Chlorodont ist die Zahnpaste von höchster Qualität und sparsam im Verbrauch.

Weißer Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

